



Antrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Johannes Becher, Cemal Bozoğlu, Ludwig Hartmann, Claudia Köhler, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Tim Pargent, Stephanie Schuhknecht, Benjamin Adjei, Andreas Birzele, Maximilian Deisenhofer, Gülseren Demirel, Toni Schuberl, Florian Siekmann** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Gemeinsam gegen Antiziganismus I: Planungssicherheit für die „Melde- und Informationsstelle Antiziganismus in Bayern“ (MIA Bayern)

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, in Abstimmung mit dem Bund die wichtige Arbeit der „Melde- und Informationsstelle Antiziganismus in Bayern“ (MIA Bayern) langfristig durch eine strukturelle Förderung abzusichern. Im Staatsvertrag des Freistaates Bayern mit dem Landesverband der Sinti und Roma wurde der Verband dazu verpflichtet, ein Monitoring antiziganistischer Vorfälle in Bayern zu organisieren und jährlich über die Ergebnisse dieses Monitoring einen Bericht zu verfassen. Der Freistaat steht deshalb auch in der Verantwortung, die professionelle Arbeit von MIA Bayern mit der notwendigen Planungssicherheit auszustatten.

Außerdem wird die Staatsregierung aufgefordert, sich im Bund und auf europäischer Ebene für die Einrichtung von Monitoringstellen zur Erfassung von Antiziganismus in anderen europäischen Ländern nach dem Vorbild von MIA Deutschland einzusetzen.

Begründung:

Der Landesverband der Sinti und Roma in Bayern hat sich im Jahr 2023 in Art.1 Abs.4 des Staatsvertrages mit dem Freistaat Bayern verpflichtet, ein Monitoring antiziganistischer Vorfälle in Bayern durchzuführen und hierüber jährlich einen Bericht vorzulegen. Zu diesem Zweck wurde 2023 die „Melde- und Informationsstelle Antiziganismus in Bayern“ (MIA Bayern) als regionale Meldestelle im bundesweiten MIA-Netzwerk gegründet. Das Monitoring dient der Erfassung, Dokumentation und Sichtbarmachung des Antiziganismus in der Gesellschaft. Betroffene können Vorfälle bei MIA-Bayern melden und erhalten Unterstützung. Die Förderung von MIA-Bayern erfolgt zu einem erheblichen Teil über Projektmittel aus dem Bundesprogramm „Demokratie leben“ und ist jeweils nur für ein Jahr – aktuell bis Ende 2025 – gesichert.

Die Arbeit von MIA Bayern muss langfristig finanziell und personell abgesichert werden. MIA Bayern erfasst und dokumentiert antiziganistische Vorfälle und unterstützt Betroffene als erste Anlaufstelle. Allein im Jahr 2024 wurden 205 antiziganistische Vorfälle registriert. Dies bedeutet einen starken Anstieg der Fallzahlen um über 50 Prozent. 2023 wurden noch 131 Vorfälle registriert. Bei dem Anstieg der Zahlen dürfte auch die gestiegene Bekanntheit von MIA und eine erhöhte Sensibilisierung von Betroffenen und Zeuginnen und Zeugen eine Rolle spielen.

Durch die systematische Erfassung und Dokumentation antiziganistischer Vorfälle können das große Dunkelfeld weiter erhellet und politische Handlungsempfehlungen abgeleitet werden. Vergleichbar mit der „Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus

in Bayern“ (RIAS Bayern) erfasst auch MIA Bayern Vorfälle unterhalb der Strafbarkeitsgrenze und dokumentiert so die alltägliche Diskriminierung in gesellschaftlichen Bereichen wie Schule, Wohnen, Arbeit oder beim Umgang mit Behörden. Vor allem im Kontakt mit Behörden wie der Polizei oder dem Jobcenter ist ein starker Anstieg der gemeldeten Vorfälle zu verzeichnen. Das Vertrauen der Betroffenen in diese Institutionen kann so schwerwiegend erschüttert werden.

MIA arbeitet als erste Anlaufstelle bei der quantitativen Fallerfassung eng mit der Antidiskriminierungsberatung des Landesverbands der Sinti und Roma zusammen. Betroffenen Personen kann so eine umfassende und mehrdimensionale Unterstützung angeboten werden.

MIA Deutschland und MIA Bayern können auch als Vorbild für die Errichtung von Monitoringstellen zur Erfassung von Antiziganismus in anderen europäischen Ländern dienen. Besonders in südosteuropäischen Ländern wie Rumänien und Bulgarien und bei den EU-Beitrittskandidaten wie Serbien, Kosovo, Nordmazedonien oder Albanien existieren eine ausgeprägte Diskriminierung und ein großer politischer Handlungsbedarf. Der Schutz ethnischer Minderheiten muss deshalb auch bei den Beitrittsverhandlungen zur EU eine wichtige Rolle spielen.

Neben einer Förderung aus Mitteln des Staatsministeriums für Unterricht und Kultus erhält MIA Bayern aktuell eine jährliche Förderung aus Mitteln des Bundesprogramms „Demokratie leben“ des Bundesministeriums für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Die Projektmittel müssen jährlich neu beantragt werden und sind stark an die jeweiligen politischen Prioritätensetzungen der fördernden Institutionen gebunden. Gerade im Programm „Demokratie leben“ kam es hier in den vergangenen Jahren bereits zu großen Umstrukturierungen. Immer wieder werden zudem Forderungen nach einer Kürzung oder Streichung des Programms in die politische Debatte gebracht. MIA Bayern braucht jedoch für eine professionelle Arbeit eine langfristige Planungssicherheit und eine sichere Finanzierung. Dies erfordert eine langfristig angelegte strukturelle Förderung der Melde- und Informationsstelle Antiziganismus.